Das jungliberale Magazin für Baden-Württemberg | Ausgabe 01/2020

Juliette

Innovation Nation

Fotos: Marvin Ruder, Pascal Schejnoha

Liebe JuLis, liebe Leserinnen und Leser,

Innovation Nation. Das hat doch eigentlich Tradition – oder? Seit Jahrhunderten ist Deutschland überall auf der Welt bekannt für seine Innovationen und Patente. Die Deutschen bauen die besten Autos, Maschinen, Spezialanfertigungen – die Liste ließe sich endlos fortsetzten. Aber gilt das auch noch in einer sich immer schneller verändernden Welt, in der es in vielen Branchen tiefgreifende Umbrüche gibt? In einer Zeit, in der die Themen Klima und Digitalisierung die gesamte Wirtschaft dominieren?

Viele Experten in Deutschland sind sich an diesem Punkt nicht mehr so sicher. Es scheint so, als verschlafe Deutschland etwa das Thema Digitalisierung. Während die USA und China Zukunftsmärkte im Bereich der künstlichen Intelligenz, Machine learning und Co. unter sich aufteilen, geht Deutschland leer aus. Große europäische Digitalunternehmen sind Mangelware. SAP scheint hier noch der aussichtsreichste Kandidat zu sein, doch in der Liga von Alphabet (Google), Facebook, oder Tencent (WeChat) kann SAP nicht mitspielen.

Was es also braucht, ist eine bessere und vor allem klare Strategie für Deutschland und Europa. Beispielsweise sollte die europäische Zusammenarbeit noch viel stärker gefördert werden, Start-Ups sollten das nötige Venture-Capital bekommen und Branchen müssen besser auf die Umbrüche der Zukunft vorbereitet werden.

Umso mehr freut es mich, auch in dieser Ausgabe wieder viele großartige Artikel und Autoren zum Thema Innovationspolitik präsentieren zu können. Mario Brandenburg MdB etwa schreibt über den digitalen Wandel in Deutschland und die nötigen Veränderungen, die es jetzt braucht, sodass Deutschland wieder vorne mitspielen kann. Doch auch wer sich eher für Hintergründe interessiert, ist in dieser Ausgabe gut aufgehoben. Maximilian Reinhardt hat z.B. einen ausführlichen Bericht über seine Teilnahme an der vergangenen Weltklimakonferenz geschrieben. Jeder kommt also auf seine Kosten.

Nun ist es also soweit, meine letzte Ausgabe der Juliette ist veröffentlicht. Vielen Dank für die letzten anderthalb Jahre, es war eine großartige Zeit. Meinem Nachfolger sowie dem neuen Landesvorstand wünsche ich viel Glück und Erfolg, vielen Dank für euer Engagement. Es war mir eine Ehre!

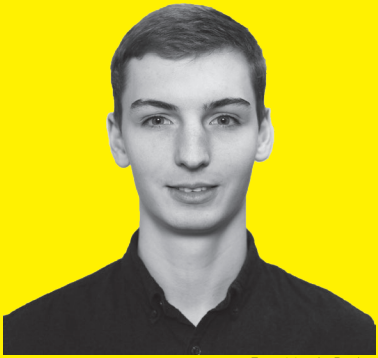

Foto: Marvin Ruder

Valentin Gölz ist Beisitzer für Publikationen und Chefredakteur der Juliette.

IN DIESER AUSGABE

IMPULSE

05 Augenkontakt wiederfinden
Mario Brandenburg MdB

08 Deutsche Innovationspolitik
Lucas Arnoldt

12 Erste Liga der Forschungsförderung
Julian Grünke

14 Gedanken zum Klimaschutz
Andrey Belkin

16 Über die Meisterpflicht
Pascal Teuke

IMPRESSIONEN

18 COP25 – Ein Bericht von der Weltklimakonferenz
Maximilian Reinhardt

23 Was gegen die Flat-Tax spricht
Lilith Schieweg

IMPRESSUM

Redaktion, Gestaltung und Satz
Valentin Gölz

Verantwortlich i.S.d.P.
Valentin Gölz

Herausgeber
Junge Liberale Baden-Württemberg e.V.
Valentin Gölz
Rosensteinstraße 22
70191 Stuttgart
www.julis-bw.de

Disclaimer
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Verbandes oder der Redaktion wieder. Satzfehler und Irrtümer vorbehalten. Die Redaktion haftet nicht für unverlangt zugesandtes Material.

Bildrechte
Stockphotos von www.pexels.com. Die Fotografen sind auf den jeweiligen Bildern vermerkt.
Alle verbleibenden Bilder sind von den Autoren selbst aufgenommen.

Augenkontakt wiederfinden

Im Mai 2018 stellten die Freien Demokraten ihren Bundesparteitag unter das Motto „Innovation Nation“. Damit hat die FDP ihren Anspruch klargemacht, tagesaktuelle Politik an ihrer Innovationsfähigkeit messen zu wollen. Es geht hierbei um nicht weniger als um ein neues Mindsetting. Aber warum ist das notwendig?

Um diese Frage zu beantworten, muss geprüft werden, wer den Wandel im Land vorantreibt. Ist es die Gesellschaft, die Wirtschaft oder doch die Politik? Eine Umfrage im eigenen Bekanntenkreis würde sicherlich ein kontroverses Meinungsbild ergeben. Es könnte 50:50 zwischen Gesellschaft und Wirtschaft ausgehen. Politik würde eine untergeordnete Rolle spielen. Warum? Weil sie eben genau das tut – eine untergeordnete Rolle spielen.

Als Liberale tut uns das zunächst nicht weh. Wir verstehen uns als diejenigen, die ordnungspolitische Rahmen setzen, um Entwicklungen - zum Beispiel den technologischen Fortschritt - in Gesellschaft und Wirtschaft zu gestalten. Wir wollen zukünftige Veränderungen begleiten und gestalten und nicht ideologiegetrieben vorschreiben. Klingt grundsätzlich gut. Leider sehen das die anderen Parteien anders. Bestes Beispiel ist die deutsche Innovationspolitik.

Ihren Ursprung hat diese in der guten alten Industriepolitik der 1950er Jahre. Der Kontakt zwischen Industriebossen und dem Kanzleramt war eng. Man hat sich über die aktuellen Herausforderungen ausgetauscht und war sich schnell einig.

Dann wurde es in den 1970er Jahren komplizierter. Die Wirtschaft wurde globaler, schneller und technisch anspruchsvoller. Der Mittelstand und die Hochschulen waren mittlerweile zu anerkannten Innovationsmotoren geworden und die deutsche Industrie war weltweit konkurrenzfähig. Doch die Erfindungen von Mikroprozessor (1971), Handy (1973) und E-Mail (1971) blieb der Politik zunächst verborgen.

Als dann in den 1990er und 2000er die Welt digital wurde, war es endgültig aus. Die Reaktion auf die allgemeine Überforderung war allerdings verheerend. Linke und konservative Parteien begannen den Fortschritt mit praxisfremden Gesetzen einzudämmen. Anschauliche Beispiele hierfür sind der Umgang mit Kommunikationsdaten, Stammzellenforschung und Gentechnik.

Durch eine solche Politik wird ein technologiefeindliches und fortschrittspessimistisches Klima geschaffen. Die politische Mehrheit in diesem Land hat den Blickkontakt zum gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt verloren. Augen zu und durch hilft nicht. Stattdessen heißt es jetzt: Blick auf das Wesentliche stellen!

Deshalb kommen wir wieder zu den ordnungspolitischen Rahmenbedingungen zurück. In unserem Leitbild

fordern wir einen unkomplizierten Staat. Dafür braucht es zunächst Mut, denn neue Technologien bringen Ungewissheit mit sich. Diese aber direkt mit Gesetzen zu bekämpfen, ohne dabei die Chancen solcher Innovationen zu fördern, ist der falsche Ansatz. Die Chancen für jeden einzelnen innerhalb der Gesellschaft und nicht die diffusen Ängste des Kollektivs müssen in den Mittelpunkt moderner Innovationspolitik gestellt werden. Deshalb ist vor allem Bildungspolitik immer Teil einer gelungenen, modernen Innovationspolitik und umgekehrt.

Auch rechtliche oder ethische Fragen müssen in diesem Zusammenhang neu diskutiert werden. Wir Freie Demokraten wollen Fragen der Datenanwendung sowie der rechtlichen Ausgestaltung automatisierter Prozesse endlich politisch und gesellschaftlich diskutieren. Während präzise arbeitende Medizinroboter und autonom fahrende Fahrzeuge schon entwickelt sind und die Arbeit aufgenommen haben, verweigern sich die anderen Fraktionen im Deutschen Bundestag diesen positiven Debatten. Ein solches Verhalten verwehrt den Menschen hierzulande den Zugang zu Innovationen und hängt Deutschland als Innovationsstandort ab.

Das schadet nicht nur der Bundesrepublik, sondern der gesamten Europäischen Union. Nur mit innovativen Produkten kann die europäische Wirtschaft im internationalen Wettbewerb bestehen. Wir wollen mehr Geld für unsere Hochschulen, bessere Möglichkeiten zur Drittmitteleinwerbung und ordnungspolitische Maßnahmen, die nicht nur den stärksten Playern, sondern auch den Newcomern, einen fairen Wettbewerb garantiert.

Es ist dringend notwendig, dass wir in der Innovationspolitik einen Neustart wagen. Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch! Zudem müssen wir den Austausch mit der Gesellschaft und der Wirtschaft wiederfinden. JuLis und FDP müssen hierbei gestaltungswilliger Treiber sein und von der Gesellschaft auch so wahrgenommen werden.

Mario Brandenburg MdB ist digitalpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion.

Fotos: Marvin Ruder, Pascal Schejnoha

Deutsche Innovationspolitik

NICHT INNOVATIV UND NICHT LIBERAL.

Die FDP hat mit ihrem 69. Bundesparteitag die „Innovation Nation“ ausgerufen. Man sei ein Land der Verwalter geworden. Neue Innovationen, wie den Buchdruck, das Auto oder den Computer gäbe es nicht mehr. Diese Forderungen nach einer „Innovation Nation“ liefern aber vor allem Antworten auf die Innovationskraft in Unternehmen. Es geht um den Breitbandausbau. Digitale Freiheitszonen und digitale Bildung sind ein Fokus. Start-ups in einer neuen Gründerzeit, eine digitale Verwaltung und das digitale Gesundheitssystem werden behandelt. Es geht um intelligente Mobilität.

INNOVATION IST KEIN SELBSTZWECK.

Worum es nicht geht, ist eine große Vision für die Antwort auf die Frage „Wofür“. Ja, wo wollen wir denn hin? Zu dem Land der Dichter und Denker, der Tüftler und Erfinder? Wo sind die Chancen, die sich für jeden Einzelnen ergeben aufgrund von Innovationen? Wo ist die klar definierte Position, dass dieser Fortschritt dem Menschen dient?

Dabei können Innovationen auch einen vermeintlichen Rückschritt darstellen. Neben Fridays for Future fordern eine ganze Reihe von Organisationen Degrowth. Ihnen geht es darum, dem Streben nach schier unendlichem Wachstum Einhalt zu gebieten. Im Kollektiv oder auch für sich selbst ganz alleine. Keine Flüge. Vegetarisch statt Fleisch. Windenergie statt Atomkraft. Weil es Ihnen ein legitimes besseres Gefühl, eine größere Verbundenheit mit der Natur oder mehr Zufriedenheit gibt. Aber wer definiert denn auch, dass Innovation stets das Wachstum, den Fortschritt im Sinne des „Mehr“, des „Effizienter“, des „Schneller“ bedeutet?

Persönliche Lebensentscheidungen verdienen Respekt. Sie sind nicht mit #Flugscham oder Diskussionen über Schnitzelverbote, die niemand aber auch gar niemand angestoßen hat, verächtlich zu machen. Diese persönlichen Lebensentscheidungen sind Innovationen im Kleinen, die ihren individuellen Beitrag zu einer Gesamtlösung beitragen. Die FDP spricht bei dem Thema Klima nur darüber, kollektiv nicht verzichten zu wollen, aber nicht darüber selbst zu entscheiden, verzichten zu wollen.

Dazu kommt, dass nicht jedes Problem ist durch Innovation lösbar ist. Das Verbot der FCKWs Anfang der 90er Jahre war eine notwendige und richtige Entscheidung. Wir reden stets davon CO2 einen Preis zu geben, vergessen dabei aber, dass im Grunde genommen jeder Bestandteil der Natur, die schützenswerte Grundlage unseres Lebens, ein Preisschild benötigen würde. Wer vergisst, dass auch die Toxizität, Abbaubedingungen und Wasserverbrauch zum ökologischen Fußabdruck gehören, macht keine zukunftsgerichtete Politik.

INNOVATION MUSS ZUKUNFTS-FESTE POLITIK SEIN.

Die frohe Kunde zu verbreiten, der Klimawandel ließe sich ohne Wenn und Aber in jedem Fall durch Innovationen lösen, ist unseriös. Sie missversteht das Wesen von Innovationen und einer staatlichen Innovationspolitik. Letztere optimiert lediglich die Voraussetzungen und Bedingungen für Innovationen, ist aber nicht der Geburtshelfer der gewünschten Innovation.

So sehr es zu hoffen ist, dass wir mit Wasserstoff oder synthetischen Treibstoffen die Mobilität der Zukunft gestalten können, Kernfusion alle Energiebedarfe deckt oder die durch das Weizmann Institut for Science gentechnisch modifizierten Bakterien E. coli, welche als Energiequelle statt Glucose zu CO2 greifen, die CO2-Konzentrationen senken, bleiben diese derzeit in einer Kategorie: Mögliche Zukunftsszenarien.

Die JuLis und die FDP müssen Antworten auf politische Fragestellungen finden, die auch dann funktionieren, wenn Innovationen trotz bester Innovationspolitik ausbleiben. Der Ruf nach einer zukunftsfesten Politik, die Innovationen fördert, und trotzdem einen alternativen Handlungsplan in der Hand hält, lässt sich nicht in "German Mut" oder "German Angst" pressen; sie ist vernünftig.

Konkret für den Klimaschutz heißt das, sich nicht auf Wasserstoffautos zu verlassen, welche seit Jahrzehnten unter Entwicklung stehen und vielleicht langsam ihren Durchbruch feiern könnten. Dort aber soll die höchste Innovationsstufe erreicht sein. Elektroautos von Volkswagen werden mit den Schlagworten „Keine Reichweite“, „Überteuert“, „Und hässlich wie die Nacht!“ betitelt, während das Wasserstoffauto unkritisch in den Himmel gehoben wird. Innovation und Technologieoffenheit als leere Schlagwörter nach dem Prinzip der eigenen Vorstellung von der richtigen Zukunft zu verwenden, ist prinzipienlos.

INNOVATION IST NICHT NUR WIRTSCHAFTLICHES VORANKOMMEN.

Besser wäre es, eine breiter angelegte Innovationspolitik für die Innovationsmaschinen im Land, die Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die Thinktanks zu betreiben. Diese werden in dem Leitantrag des Bundesparteitags mit einer Agentur für Sprunginnovationen, einer deutsche Transfergemeinschaft und Stipendiatenprogramme, angesiedelt bei der Alexander-von-Humboldt-Stiftung und dem DAAD, abgefrühstückt. Reichlich dünn, zumal auch diese Forderungen zumeist der wirtschaftlichen Verwertung von geistigem Eigentum dienen.

Aber Innovation dient nicht per se wirtschaftlichem Fortschritt. Es geht eben nicht nur um Start-ups oder um Unternehmen, die von der Zusammenarbeit mit Hochschulen profitieren sollen, oder die Digitalisierung für den Unternehmer im ländlichen Raum. Innovative Forschung an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sollte keine Richtschnur haben, die unbedingt zur Verwertung führen und das Bruttoinlandsprodukt in die Höhe schnellen lässt. Das ist nicht das Wesen freier Forschung.

Daher ist es schade, dass in dem Leitantrag als Zukunftsfelder lediglich die Künstliche Intelligenz, Quantentechnologie, Robotikstrategie und innovative Werkstoffe genannt und Biotechnologie als reiner Wirkstofflieferant erkannt werden, welche erst mit einem „Proof of concept“ für die Industrie ein Ende der Forschung finden sollen. Wieso sprechen wir bei Innovation nicht über strukturbiologische Analysen von Transportern im Zusammenhang mit Malaria Erregern, die Messung von Gravitationswellen, wie es Forschern der LIGO-Kollaboration 2016 gelang, oder die Entdeckung von leitenden Polymeren?

Blicken wir auf die wirtschaftlich orientierte Innovationspolitik für Hochschulen, so wird auch diese derzeit kaum gefördert. So stoßen beispielsweise Hochschulkrankenhäuser mit ihren Forderungen nach Systemzuschlägen und Zulagen für Transformationsprozesse in der Politik auf taube Ohren. Damit gäbe es die Möglichkeit günstigere Diagnostik- und Operationsmöglichkeiten zu untersuchen und zu etablieren. Stattdessen müssen sie ihre knappen Budgets mit alten, dafür aber kostenintensiven Behandlungen aufbessern.

INNOVATION HEISST AUCH TEILHABE.

Nicht zuletzt muss Innovation auch das Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft erfüllen: Wohlstand und Sicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger. Viel zu oft heißt es in Diskussionen: „Damit gehen Arbeitsplätze verloren.“. Innovationen lassen sich nicht verzögern. Aber die Antwort, dass Menschen dann im Rahmen vom lebenslangen Lernen umgeschult werden, ist nicht ausreichend. Die persönliche materielle Sicherheit eines Menschen und seiner Familie ist kein Markt.

Das liberale Bürgergeld ist eine der ersten Antworten darauf, wie die Sozialsysteme der Zukunft aussehen könnten. Führende Wissenschaftler weisen völlig zurecht darauf hin, dass die Zukunft den Menschen von Arbeit entbinden und Maschinen die Arbeit überlassen könnte. Aber wie sehen Konzepte der FDP und JuLis aus, eine Finanzierung der Sozialsysteme der Zukunft bei einem solchen Wandel, der einen Wegfall von Lohnsteuereinnahmen bedingen könnte, sicherzustellen?

Mancherorts diskutieren vielleicht auch JuLis Konzepte, wie eine Maschinensteuer. Eine Innovationsbremse sei sie; nicht tragbar für eine Marktwirtschaft im Wettbewerb, kommt es dann vielleicht schnell zurück. Andere meinen, eine kleine Abgabe für Automatisierung sei der richtige Weg. Den Menschen Angst vor Zukunft, Fortschritt und Innovationen zu nehmen, heißt auch hier glaubwürdige Antworten liefern zu können.

Innovation ist auch eine neue Ära der Aufklärung in dem postmodernen Zeitalter. Der Einbezug von Bürgerinnen und Bürger in die Politik oder in Wissenschaft und Forschung im Rahmen von „Citizen Science“ muss diese Aufklärung möglich machen. Eine sich fortlaufend und schneller verändernde Welt braucht daher auch neue Partizipationsmöglichkeiten in der Politik, die über den Petitionsausschuss des Bundestages und privat initiierte Kampagnen und Demonstrationen hinausgehen. Die derzeitigen Parteien bieten nach Ansicht der Bürgerinnen und Bürger dafür keinen hinreichenden Platz.

INNOVATION IST, SELBST INNOVATIV ZU SEIN.

Die FDP fordert stets, dass die Digitalisierung in das ganze Land kommen müsse; in der eigenen Partei zählt viel zu oft nur die Anwesenheit bei dem Kreiskongress. Das Kommunalwahlprogramm wird im Hinterstübchen als Verschnitt von dem Wahlprogramm von vor fünf Jahren und dem Leitantrag der Landespartei zur Kommunalwahl entwickelt. Antragsdiskussionen sind, wenn es zu kurzfristigen Änderungen kommt, so analog wie eh und je. Wie wollen wir überzeugend für Zukunft eintreten, wenn die Erneuerung der FDP und auch der JuLis merklich erlahmt ist? Andere Parteien – dabei handelt es sich aber nicht um die Konservativen – können die Partizipation der Parteibasis und der Öffentlichkeit besser.

Und wie wollen wir glaubwürdig für die Zukunft werben, wenn wir den Nerv der Zukunft nicht treffen? Wer zum Beispiel Nachhaltigkeit in seinem Wahlprogramm im Kontext von wirtschaftlicher Entwicklung genau dreimal am Rande erwähnt und die Verträglichkeit von Umwelt und Wirtschaft unter dem Stichwort „Blaues Wachstum“ in 45 Wörtern abhandelt, braucht sich nicht wundern, wenn Start-up-Gründer und kluge Köpfe im Themengebiet „Innovationen“ nicht an die FDP glauben.

INNOVATION IST, WENN WIR WEITERMACHEN. ABER BESSER.

Lucas Arnoldt ist Mitglied der JuLis Heidelberg.

Erste Liga der Forschungsförderung

Bei den JuLis und selbst bis tief ins linke Lager wird anerkannt, dass Innovationen einen entscheidenden Anteil am Erhalt und Aufbau von Wohlstand haben. Ebenfalls unumstritten ist, dass sie in den meisten Fällen nicht vom Himmel fallen, sondern durch arbeits- und kapitalintensive Prozesse erarbeitet werden müssen. Diese Forschungs- und Entwicklungsprozesse finden in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft statt, einerseits an privaten und öffentlichen Universitäten, aber auch innerhalb von Unternehmen. Nicht unerwähnt lassen, aber dennoch nicht ausführlich besprechen möchte ich den Bereich der militärischen Forschung, in dem der Bund eine Schar von Forschungsanstalten betreibt, aber auch private und universitäre Forschung stattfindet. Die Bundesregierung hat sich für 2025 das Ziel gesetzt den Anteil von Ausgaben für Forschung und Entwicklung von derzeit ca. 3 auf 3,5 Prozent zu erhöhen. Im Moment werden zwei Drittel dieser Investitionen von den Unternehmen getätigt.

Die Unternehmer beschweren sich häufig zu Recht, dass der Staat Ihnen mit zu hoher Besteuerung die Innovationsfähigkeit raubt. Klar ist, dass Gewinne, die der Staat abschöpft, nicht in die Forschung und damit die Zukunft des Unternehmens investiert werden können. Dies schadet dem Wirtschaftsstandort Deutschland. Um Unternehmen diesen Spielraum zu lassen wurde das Instrument der steuerlichen Forschungsförderung entwickelt und am 01.01.2020 in Deutschland eingeführt. Laut Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier ist Deutschland damit „in die erste Liga der Forschungsförderung aufgestiegen“. Das „Gesetz zur steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung“ soll Unternehmen laut Bundeswirtschaftsministerium lediglich in Höhe von 1,3 Milliarden Euro entlasten. Positiv hierbei zu bemerken ist, dass das Gesetz so ausgestaltet ist, dass auch Unternehmen, die kurz oder mittelfristig Verluste machen, besonders relevant beispielsweise für Startups, Förderansprüche haben. Auch, dass auf Anregung der FDP-Bundestagsfraktion Auftraggeber von Forschung Ansprüche haben, ist ein richtiger Schritt. Denn so werden auch kleine und mittelständische Unternehmen, die keine eigene Forschungsabteilung haben, entlastet.

Doch führt uns diese Maßnahme tatsächlich in die erste Liga? Sicherlich nicht. Wenn man sich im Ausland ein wenig umschaut, muss man wohl eher zu der Erkenntnis kommen, dass lediglich das erreicht wurde, was anderswo seit Jahren Alltag ist. Während die Bundesregierung für 2020 ein 3,5 Prozent Ziel für Forschungsausgaben hat, ziehen Länder wie Japan mit über 4 Prozent an uns vorbei. Auch mit einer Förderung der Forschung ist die Steuer- und Abgabenlast in Deutschland im Internationalen Vergleich dramatisch hoch. Dadurch wird unsere Wettbewerbsfähigkeit geschwächt.

Mit dem prämortalen Aufbäumen der Linken in der deutschen Sozialdemokratie und der Etablierung der Grünen als

linke Volkspartei haben wir neue Debatten um Verteilung in unserer Gesellschaft vor uns. Beide haben teure Pläne, die sogar den Rahmen von Rekordsteuereinnahmen sprengen können. Absehbar ist, dass sie die Wirtschaft weiter sehr hoch oder bald sogar höher besteuern wollen, um die Projekte für Ihre jeweiligen Klientel zu finanzieren. Dies ist, neben den in allen Parteien zu findenden Bestrebungen, der Industrie vorzugeben welche Technologie die in Deutschland voranzutreibende sei, die zentrale Bedrohung für die Innovationskraft deutscher Unternehmen.

Die Liste der Innovationshemmnisse in Deutschland bleibt lang. Infrastrukturelle Grundvoraussetzungen sind auf dem Land, wo viele unserer Hidden Champions sitzen, nicht gegeben. Lange Transportzeiten, egal ob für Bytes oder reale Güter, schaden unseren Unternehmen. Auch die in der JuLi-Hymne besungenen ausländischen Fachkräfte haben es immer noch zu schwer hier arbeiten zu dürfen und dann kommt die Wohnraumsuche noch dazu. Von bürokratischen Hürden möchte ich hier gar nicht erst anfangen. Was das FZulG angeht wird sich zeigen, wie viel der eingesparten Steuern direkt wieder für die Förderungsantragsbürokratie ausgegeben werden wird.

Und obwohl ich keine Ahnung von Fußball habe möchte ich hier noch einmal Altmaiers Metapher bemühen. Denn der Anspruch der deutschen Politik sollte es nicht nur sein sich in der ersten Liga zu bewegen. Unser Anspruch als Junge Liberale muss es sein Deutschland vom Relegationsplatz auf Meisterkurs zu führen.

Dazu müssen wir genau diese Hemmnisse abbauen. Der Staat muss endlich konsumtive Ausgaben zurückfahren und in die marode Infrastruktur investieren. Beim Netzausbau muss verstanden werden, dass es nicht nur um flüssiges Netflix gucken, sondern um echte Wirtschaftspolitik geht. Wir brauchen endlich ein Einwanderungsgesetz, welches auch einen Spurwechsel für gut arbeitende Asylbewerber ermöglicht. Der Staat muss zudem endlich aufhören die Entstehung von Wohnraum zu bremsen.

Einem weiteren Problem müssen wir ebenfalls entschlossen entgegentreten. Wenn Teile der Bevölkerung laut gegen innovative Projekte hetzen, müssen wir die Stimme der Vernunft sein. In Tübingen wird mit dem Cyber Valley das größte Zentrum für KI-Forschung entstehen. Ängste vor Militärforschung und der Beteiligung des Amazon-Konzerns gipfelten in der Besetzung eines Hörsaals der Universität. Als Liberale vor Ort traten wir klar für die Forschung ein und konnten viele Bedenken durch den von uns mit initiierten Ethikbeirat ausräumen.

Julian Grünke ist Leiter des Landesarbeitskreis Handwerk & Wirtschaft.

Gedanken zum Klimaschutz

Die Debatten des vergangenen Jahres haben mehrfach deutlich gemacht, dass die Verringerung des Klimawandels zeitnah erfolgen muss. Besonders die Erreichung des 2° Ziels scheint ein selbstgestecktes Ziel der Weltgemeinschaft zu sein. Dazu ist es erforderlich die Emission jener Stoffe zu reduzieren, die maßgeblich für den Treibhauseffekt verantwortlich sind. Der bekannteste ist hierbei CO2. Aber auch Propan, Butan und besonders das in der Viehzucht entstehende Methan sind problematisch, tatsächlich sogar viel problematischer als CO2.

Effektiver Klimschutz funktioniert dabei auf drei wesentlichen Grundprinzipien. Erstens muss er überhaupt funktionieren. Das heißt, es muss eine objektiv messbare signifikante Veränderung der Emissionen geben und nicht nur eine subjektive. Das ist zum Beispiel ein Problem bei dem Verbot von Plastikstrohhalmen, welcher zwar nach einer großen Geste aussieht aber faktisch nicht mal 0,2% der Emissionen oder des plastikverbrauchs ausmacht. Zweitens muss er große Teile der Gesellschaft mitnehmen. Es ist klar, dass bei jeder neuen Maßnahme irgendein Teil der Bevölkerung dagegen sein wird. Wenn aber eine Maßnahme darauf basiert, durch Preiserhöhungen große Teile der Gesellschaft von einem Gut auszuschließen so ist absehbar, dass diese Personen der Maßnahme gegenüber negativ eingestellt sein werden, sich im schlimmsten Fall vom politischen System abwenden und entweder gar nicht oder radikal wählen, was die produktive Arbeit des Parlaments und das politische Kapital für zukünftige Handlungen stark einschränkt. Schließlich müssen die Maßnahmen wirtschaftlich sein. Denn selbst wenn wir im Deutschland morgen alle Autos stehen lassen, die Lichter ausschalten und nur noch in Höhlen wohnen, bleiben 98% der weltweiten Emissionen bestehen. Das heißt die Maßnahmen und Technologien müssen so beschaffen sein, dass auch eine egoistisch und opportunistisch eingestellte Person sie nutzen würde. Das ist am ehesten der Fall, wenn diese Option auch gleichzeitig die günstigste ist.

Bisherige Ideen scheitern daran, dass sie mindestens eines der oben aufgeführten Prinzipien nicht erfüllen. Besonders Verbote und Steuern funktionieren fast nur auf nationaler Ebene und verschrecken große Teile der Gesellschaft, da sich diese in Zukunft ausgeschlossen fühlen. Viele deutsche Industrien, allen voran aber die Automobilindustrie, ist dafür bekannt nicht klimafreundlich zu sein. Deutschland könnte aber gerade hier mit der bestehenden Infrastruktur neue Methoden entwickeln die wie bereits erwähnt exportierbar wären.

Dabei sei hier zwischen kurzfristigen und langfristigen Maßnahmen zu unterscheiden. Kurzfristige Maßnahmen sind solche, die darauf abzielen innerhalb möglichst kurzer Zeit möglichst viele Emissionen zu binden. Dies kann z.B. durch Aufforstung oder Einspeicherung von CO2 im Boden geschehen. Langfristig jedoch stellen diese Maßnahmen keine Option dar weil große Teile unserer Infrastruktur auf fossilen Brennstoffen basieren. Die Kompensation des Ausstoßes ist

daher nur begrenzt möglich und irgendwann geht auch einfach das Öl aus. Langfristiges Ziel ist also die Entwicklung von Methoden zur Energiege- und Ressourcengewinnung, bei denen netto keine CO2 Emissionen entstehen. Es ist also möglich, dass zunächst Emissionen gebunden und später wieder freigesetzt werden.

Die Wahl des Energieüberträgers ist hierbei primär irrelevant. Dies kann Strom, Wasserstoff, Power to X oder ein beliebiger anderer Speicher sein. Die gesamte Infrastruktur der Speicherung ist zwar durchaus relevant für die praktische Anwendung, für den Energiekreislauf aber erst mal nebensächlich.

Dazu müssen bekannte Abläufe neu gedacht werden: Zum Beispiel könnte Strom in Zukunft statt zentralisiert von wenigen Anbietern dezentral organisiert werden. Dabei hätte jeder Privathaushalt eine Solarzelle auf dem Dach. Mittels einer Technologie namens „Smart metering“ kann gemessen und erkannt werden, wann wo Strom benötigt wird. Ein dynamischer Preis für Strom in Abhängigkeit des Angebots und ein Smart Home würden stromintensive Prozesse (Waschmaschine, Laden eines Elektroautos) dann in Gang setzen, wenn besonders viel und damit besonders günstiger Strom verfügbar ist. Privatpersonen profitieren vom Verkauf bzw. der eigennutzung des Stromes.

Wir brauchen auch mehr Mut in der Forschung. Es muss mehr Grundlagenforschung im Bereich der Biochemie und Biotechnologie betrieben werden. Windräder und Solarzellen kosten letztenendes auch endliche Ressourcen. Pflanzen hingegen binden auf natürliche Art und Weise CO2. Mithilfe von Gentechnik könnten schnell wachsende Systeme z.B. Algen gezüchtet werden, die dann in synthetische Kraftstoffe umgewandelt werden können. Dazu ist aber eine Entstigmatisierung bei der Gentechnik erforderlich.

Ein Fokus sollte in der Verarbeitung großer Datenmengen insbesondere im Bereich Machine Learning liegen. Dabei wird ein Programm anhand bestehender Datensätze trainiert und optimiert langfristig selbst Prozesse besser als es Menschen können. Solche Prozesse ermöglichen es uns zum Beispiel Landwirtschaft energieeffizienter durch Wahl spezifischer Lichtwellen zu nutzen und die gewonnene Fläche für Energiegewinnung zu nutzen.

Insgesamt muss der politische Diskurs durchbrochen werden weg von ewigen Diskussionen Wasserstoff gegen Elektromobilität und hin zur eigentlichen wichtigen Frage: Wo kriegen wir in Zukunft unseren Strom her? Möglichkeiten gibt es genug.

Andrey Belkin ist
Landesgeschäftsführer der JuLis
Baden-Württemberg

Über den Sinn der Meisterpflicht

Wie bei so vielen Themen ist die Debatte um die Meisterpflicht sehr ideologisch geprägt. Das wird bereits durch die Wortwahl bedingt: Pflicht. Zwang. Diese Wörter sind dazu verdammt, emotional zu triggern. Doch worum geht es dabei eigentlich?

WAS IST DIE MEISTERPFLICHT?

Seit diesem Jahre ist in 12 Berufen die Meisterpflicht wieder eingeführt worden, unter anderem beim Rollladen- und Sonnenschutzmechatroniker. Mein Chef ist in dieser Branche württembergischer Innungsobermeister, unsere Debatten sind lebhaft. Die Wiedereinführung bringt dieses Thema wieder an die Öffentlichkeit, die meisten reagieren äußerst positiv auf diese Änderung. Meisterpflicht bedeutet, dass die Selbstständigkeit in ausgewählten Handwerksbranchen nur dann möglich ist, wenn der Unternehmer Meister in der Branche ist oder der Unternehmer einen Meister angestellt hat. Der Meisterbrief an sich ist eine Bescheinigung, dass erfolgreich vier Prüfungen abgelegt wurden: Zwei „praktische" Prüfungen (deren Inhalt stark vom Beruf abhängt. Beispielsweise kann das ein Meisterstück und eine schriftliche Prüfung über Bauregelungen und Physik sein), eine betriebswirtschaftliche Prüfung und der AdA-Schein – die Genehmigung, Lehrlinge auszubilden. Ich sehe die Meisterpflicht als kritisch, aber bedingt notwendig an. Am wichtigsten sind mir drei Aspekte.

1. ASPEKT: GEFAHRENMINIMIERUNG

Auch wenn sich das Handwerk gerne als etwas Besonderes darstellen will – es steht vor denselben Problemen wie alle anderen Branchen auch: Wer Unternehmer ist, sollte Ahnung von seinem Fach haben. Diese Selbstverständlichkeit ist mindestens durch Verbraucher- und Arbeitsschutz bedingt. Gewisse Zertifikate und/oder Abschlüsse beweisen, dass der Unternehmer oder ausführende Arbeiter genug Kompetenzen besitzt. In der Handwerksbranche sind das primär Gesellen- und Meisterbrief. Schlecht ausgeführte Handwerksarbeiten können Leib und Leben von Arbeiter und Verbraucher gefährden, Gesellen- und Meisterbrief minimieren diese Risiken durch vermitteltes Wissen, zum Vorteil aller.

Und einen Abschnitt später widerspreche ich mir bereits, denn eine Besonderheit muss man dem Handwerk lassen: Der Gesellenbrief erfordert keinen vorangegangenen Schulabschluss und Unternehmensstrukturen sind häufig atomar und herrlich unkompliziert. Ohne die Meisterpflicht ist die Selbstständigkeit im Handwerk angenehm leicht erreichbar, was gerade liberale Herzen höher schlagen lässt. Alles Weitere regelt der Markt, weitere Markteinstiegshürden seien damit vollkommen obsolet. Diese Aussage ist ein zweischneidiges Schwert. Eine Eigenschaft eines sich selbst regelnden Marktes ist ein automatischer Ausgleich von Angebot und Nachfrage. Positiv formuliert: Schlechte Anbieter ernten viel Kritik und verschwinden schnell von der Bildfläche. Negativ formuliert: Schlechte Anbieter werden von Nachfragern beauftragt, beide Seiten nehmen dadurch massive Risiken in Kauf. Mir geht es weniger

um die Rechtsstreitigkeiten, sondern um die körperliche Unversehrtheit. Eine Markteinstiegshürde ist mehr als notwendig, wenn die Marktregulierung durch Verletzungen funktionieren soll.

2. ASPEKT: AUSBILDUNGSRATE

Doch das ist nur ein Thema. Eine berechtigte Frage ist: Warum haben Maler und Friseure eigentlich die Meisterpflicht? Der Gefahrenanteil ist vergleichsweise marginal in diesen simpleren Berufen. Das ist keine Diskreditierung. Im Vergleich zu anderen Handwerksberufen neigen die Aufgaben jedoch dazu, stark repetitiv und leicht verständlich zu sein. Hier kommen Lobbyismus und eine mittelständische Verbohrtheit ins Spiel: Eine niedrigere Markteinstiegshürde bedeutet mehr Konkurrenz, mit denen sich die Unternehmer herumärgern dürfen. Das ist für den Einzelnen verständlicherweise schlecht. Dazu kommt, dass diese „neue“ Konkurrenz nicht ausbilden darf – dafür gibt es den AdA-Schein aus den Meisterprüfungen. Das häufig gemalte Horrorszenario ist eine Berufsgruppe, in der niemand ausbilden darf und damit ausstirbt. Das Argument ist bestenfalls schwach, in der Realität brandgefährlich. Friseure ohne Meisterbrief nennen sich Barbiere und frisieren die Haare im Untergeschoss für 10€, natürlich schwarz. Der Malerberuf ist berühmt berüchtigt für die massive Schwarzarbeit und damit einhergehender Pfusch. In beiden Berufen sind die ehrlichen Meister dazu gezwungen, den Niedrigpreiswettkampf mitzumachen. Wer leidet? Die Arbeitnehmer. Maler und Friseur sind die deutlichsten Beispiele für unbedachte Rattenschwänze.

3. ASPEKT: DER RUF DES BERUFS

Vorhin kurz angeschnitten, hier nochmal deutlich angeprangert: Handwerker können wahnsinnig stur und stolz sein. Wenn ich mit meinem Chef über die Meisterpflicht im Rollladenberuf diskutiere, fällt ein Argument fast immer: Die vielen Einzelunternehmer mit Gesellenbrief beschmutzen den Ruf des Berufs. Viel Pfusch, falsch oder gar nicht ausgestellte Rechnungen, Verschlimmbesserungen bei Reklamationen. Das alles ist Gift für eine Berufsgruppe, das verstehe ich. Dabei könnte in meinen Augen die Lösung simpler nicht sein: Lasst uns den Gesellen anspruchsvoller aufbauen. Warum benötigt der Meisterbrief Praxisprüfungen? Wenn ein Geselle ohne Meister beim Kunden arbeitet, wird von ihm auch perfekte Arbeit verlangt. Lasst den Meister doch lieber mehr Ahnung von BWL haben. Mit dieser Struktur gefährdet ein Geselle keinerlei Leben, sondern nur sein Privatvermögen. Und für die Finanzen des Einzelnen muss keine Handwerkskammer aufkommen.

Lange Rede, kurzer Sinn: Weniger Meisterpflicht, aber dafür da, wo sie notwendig ist. Alles Weitere kann mit einem guten Gesellenbrief der Markt regeln.

Pascal Teuke ist Schatzmeister der JuLis Stuttgart.

COP25 – Ein Bericht von der Weltklimakonferenz

Im Dezember 2019 hatte ich eine nicht alltägliche Gelegenheit: Ich durfte an der UN-Weltklimakonferenz „COP25“ in Madrid teilnehmen. Dort war ich drei Tage mit der Delegation des Europäischen Ausschusses der Regionen (Committee of the Regions) unterwegs und durfte mich unter die Gretas, Staatschefs und Klimaaktivisten dieser Welt mischen. Dabei konnte ich viel über Klimapolitik diskutieren, spannende Kontakte knüpfen, einiges an Inputs für meine (klima-)politische Arbeit im Gemeinderat mitnehmen – und hatte eine spannende Rückreise.

MIT WELCHEM ZIEL WAR ICH IN MADRID?

Ich war in Madrid Mitglied der insgesamt achtköpfigen Delegation des EU-Ausschusses der Regionen (AdR) – angeführt vom Finnen Markku Markkula, dem Vizepräsidenten des Ausschusses, bestand diese aus Bürgermeistern, Stadträten und Regionalpräsidenten aus unterschiedlichen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Zwei Mitglieder der Delegation waren „Young Elected Politicians“ des Ausschusses der Regionen, ergo junge, gewählte Mandatsträger auf kommunaler Ebene: Henrik Wickström, seines Zeichens Gemeinderat aus der finnischen Kleinstadt Inkoo und ich.

Der Ausschuss der Regionen ist die seit 1994 bestehende Versammlung der Regional- und Kommunalvertreter in der Europäischen Union, also die Instanz, die die Anliegen der Städte, Gemeinden und Regionen im institutionellen Gefüge der EU vertritt. Ziel des AdR ist es, den lokalen Gebietskörperschaften ein Mitspracherecht im Gesetzgebungsprozess der Europäischen Union zu geben. Unsere Delegation reiste mit dem Ziel, auch bei der supranationalen Klimagesetzgebung das Mitspracherecht der Gemeinden und Regionen zu wahren, nach Madrid. Die Städte und Gemeinden sind für 75 % der globalen CO2-Emissionen verantwortlich und die Powerhouses für Wirtschaftskraft und technologische Innovation in Europa – logisch also, dass ihnen auch eine große Verantwortung bei der Lösung der Klimakrise zukommen muss. Um Teil der Lösung zu sein, müssen sie mit ihren Anliegen am Verhandlungstisch sitzen. So war unser Ziel, in der Abschlusserklärung der Weltklimakonferenz die Rolle der Städte und Gemeinden hervorzuheben und der Europäischen Kommission, welche ebenfalls mit einer Delegation um Kommissar Frans Timmermans in Madrid war, die klimapolitischen Forderungen des AdR – u.a. einen Ausbau nachhaltiger Finanzierungsinstrumente zur Bewältigung der Energiewende auf lokaler Ebene sowie eine Aufnahme regionaler und lokaler Klimaschutzziele (Regionally & Locally Determined Contributions, RLDCs) in das Pariser Abkommen als Ergänzung zu den dort festgesetzten nationalen Klimaschutzzielen (Nationally determined Contributions, NDCs).

WIE WURDE ICH FÜR DIE DELEGATION AUSGEWÄHLT?

Gemeinsam mit meinem finnischen Kollegen Henrik Wickström war ich, wie erwähnt, als Young Elected Policitian (YEP) Teil der AdR-Delegation. Neben uns beiden gibt es allerdings noch rund 100 weitere YEPs aus allen EU-Mitgliedstaaten – diese stellen die Stimme der jungen Politikerinnen und Politiker im AdR dar und treffen sich mehrmals im Jahr zu themenspezifischen Veranstaltungs-/Workshopwochen am Hauptsitz des AdR in Brüssel – beispielsweise zur Kohäsions- oder Klimapolitik. YEP kann werden, wer aus einem EU-Mitgliedsstaat stammt, unter 40 Jahre alt ist und ein kommunales Wahlamt innehat, z.B. als Bürgermeister, Stadtrat oder Mitglied eines Regionalparlaments.

Im Oktober 2019 wurde ich im Zuge der „Europäischen Woche der Regionen" zum ersten Mal für ein YEP-Programm ausgewählt – als damals 19-Jähriger Stadtrat aus Sindelfingen erfüllte ich die Zulassungsvoraussetzungen und bewarb mich um Aufnahme. Aus den etwa 1000 eingegangenen Bewerbungen wählte der AdR dann nach Kriterien wie Geschlecht, Herkunft und politischer Zugehörigkeit 100 erfolgreiche Bewerber aus, die sich dann in Brüssel eine Woche lang mit dem Thema „europäische Kohäsionspolitik" befassten und an der Plenarsitzung des AdR teilnahmen. Aus dem Kreis dieser Teilnehmer wurden dann nach einem zweiten Bewerbungsverfahren 30 YEPs ausgewählt, welche an der klimapolitischen Woche „YEPs United 4 Climate" Anfang Dezember in Brüssel teilnehmen durften. Da ich mich als Aufsichtsrat zweier kommunaler Energieunternehmen mit nachhaltigen Energiekonzepten und lokaler CO2-Reduktion befasse, wählte mich der AdR auch für dieses Programm aus. Aus dem Kreise der Teilnehmer an diesem Programm wurden dann vom AdR zwei YEPs zur COP25 als Delegierte nach Madrid entsendet - Henrik und ich waren die beiden Glücklichen. Die Zusage und UN-Akkreditierung erreichte mich per Mail nur wenige Stunden nach meiner Rückkehr aus Brüssel – keine 48 Stunden später musste ich schon meinen Flug nach Madrid nehmen.

WIE SAH DIE ARBEIT MEINER DELEGATION VOR ORT AUS?

Die Tage in Madrid waren spannend, aber auch arbeitsreich. Auf der Tagesordnung standen tägliche Delegationsbesprechungen im EU-Pavillon auf dem COP25-Gelände. In diesen Delegationsmeetings wurden wir von den Unterhändlern der EU-Kommission über den aktuellen Stand der Verhandlungen zum Abschlussprotokoll informiert und konnten diesen jeweils unser Feedback und unsere Ergänzungswünsche auf den Weg geben. Ich stellte bei dieser Gelegenheit zum Beispiel die

Innovationen präsentierten, mit denen vor Ort CO2 eingespart werden kann. So stellte ein schwedischer Stahlkonzern ein Verfahren vor, mit dem es gelingt die Stahlproduktion, bei der derzeit viel CO2 als Abfallprodukt entsteht, künftig klimaneutral zu realisieren – statt CO2 entstünde durch dieses Verfahren Wasserstoff als Syntheseprodukt. Sehr in Erinnerung blieb mir auch die Entwicklung eines spanischen Startup-Unternehmers, dem es gelang transparente Solarpanels zu entwickeln, die auf Gebäudefassaden appliziert werden – und (öffentliche) Gebäude so von Energieverbrauchern zu Energieproduzenten transformieren können. Diese Idee scheint mir auch für öffentliche Gebäude in meiner Heimatstadt, deren bauliche und energetische Sanierung bald anstehen muss, vielversprechend. Neben den Events im EU-Pavillon nahmen wir Delegationsmitglieder auch an den Veranstaltungen in den Pavillons anderer Länder teil. Einige dieser Teilnahmen waren im täglichen Schedule vorgesehen, andere konnten wir uns frei aussuchen. So nahm ich gerne an den Veranstaltungen der skandinavischen Staaten, des Gastgeberlands Spanien, oder auch einmal an den Veranstaltungen derjenigen Länder teil, die der Klimagipfel am meisten trifft – Pazifikstaaten wie Tonga und Fidschi. Die unterschiedlichen Perspektiven, die Vielfalt der Blickwinkel auf die Klimakrise in unterschiedlichen Ländern und die Einschätzung hochkarätiger wissenschaftlicher und politischer Repräsentanten dieser Staaten zu bekommen, war ein hoch spannender Teil der Delegationsarbeit. Über den Verlauf

Rückfrage, welche Rolle technologische Innovation als Lösungsansatz für die Klimakrise im Abschlussprotokoll spielt und wies auf die von uns YEPs im Dezember verabschiedete Resolution zur Rolle der Gemeinden und Städte beim Klimaschutz hin. Gelegentlich nahmen auch Gäste an den Delegationsmeetings teil, so beispielsweise der Ministerpräsident der Region Valencia, Ximo Puig, welcher uns ein kurzes Impulsreferat zur Bedeutung der europäischen Klimagesetzgebung um den „European Green Deal“ für seine Region gegeben hat. Abseits der Delegationsmeetings fanden im EU-Pavillon zahlreiche Veranstaltungen und Workshops statt, an denen wir Mitglieder der AdR-Delegation, aber auch Mitglieder der Delegationen des EU-Parlaments und der Europäischen Kommission teilnahmen. So sprach z.B. die EU-Kommissarin für Energie, Kadri Simson, mit uns über die „grüne" Energiewende in Europa und Direktoren der Europäischen Investitionsbank über Fördermaßnahmen der EU, um auf lokaler Ebene für den Klimaschutz relevante Investitionen zu tätigen. Besonders beeindruckend waren auch die Gespräche mit Unternehmerinnen und Unternehmern, die ihre technologischen

der drei Tage stand auch immer wieder die Koordination mit den Mitarbeitern von Renew Europe zwecks Social-Media-Aktivitäten und organisatorischer Planung der Tagesabläufe unserer Renew-Europe-Delegierten Jean-Noelle Verfaillie, Henrik Wickström und mir an. Einen wesentlichen Teil des Tagesgeschäfts bildeten auch Gespräche mit Medienvertretern, so hatte ich beispielsweise in Madrid ein Interview mit der Social-Media-Abteilung des AdR oder mit einem südkoreanischen Online-Fernsehsender.

WAS WAREN DIE „HIGHLIGHTS“ MEINER REISE?

Neben den Highlights im Rahmen des Tagesgeschäfts wie meinen ersten englischen TV- und Social-Media-Interviews und den vielfältigen Eindrücken in den Delegationsmeetings waren ganz besonders die Begegnungen und Gespräche mit Personen, die man ansonsten nur aus den TV-Nachrichten kennt, absolute Highlights meiner Reise nach Madrid. So konnte ich beispielsweise mit dem ehemaligen US-Außenminister John Kerry ein kurzes Gespräch führen, nachdem dieser seine Klimaschutzinitiative „World War Zero“ vorgestellt hat. Auch den US-Präsidentschaftsbewerber und Milliardär Michael Bloomberg durfte ich in Madrid erleben, bei einem Cocktailempfang meiner Delegation im kleinen Kreis konnten Henrik und ich uns bei kühlen Getränken mit dem Vizepräsident der EU-Kommission, Frans Timmermans, über die EU-Klimapolitik austauschen. Besonders in Erinnerung wird mir auch ein Tapasabend mit der Renew-Europe-Delegation um das französische CoR-Mitglied Jean-Noel Verfaillie, meinen finnischen YEP-Kollegen Henrik, den irisch-spanischen Generalsekretär der AdR-Gruppe von Renew Europe, Sean O’Curneen, und die Social-Media-Koordinatorin von Renew Europe bleiben. An diesem Abend diskutierten wir bei Wein und Albondigas leidenschaftlich über die Frage, wie unsere Städte der Zukunft aussehen und ob Hans-Ulrich Rülke & die FDP-Landtagsfraktion mit ihrer besonderen Zuneigung gegenüber der Wasserstofftechnologie die richtige Antwort nach der Frage, wie unsere Mobilität der Zukunft aussieht, geben. Ein weiteres Highlight aus liberaler Sicht war mein Mittagessen mit dem bayrischen JuLi-Bundestagsabgeordneten Lukas Köhler, der für die Delegation des deutschen Bundestags in Madrid war. Bei diesem Mittagessen – es gab in der Kantine, für einen Klimagipfel doch überraschend, reichlich Plastikverpackungen und delikate Nackensteaks – sprachen wir über kommunalen Klimaschutz und Veranstaltungskooperationen. Auch durfte ich mit Lukas

einen kurzen Video-Gastbeitrag für den Instagram-Account der FDP-Bundestagsfraktion beisteuern.

In negativer Hinsicht ein Highlight war meine Rückreise aus Madrid: So landete ich freitagabends mit dem Flugzeug aus Madrid in Bologna, von wo aus ich nach Stuttgart weiterfliegen sollte – geriet allerdings in einen Flugstreik. Da die nächste Maschine erst 72 Stunden später flöge, durfte ich die Reise aus Bologna nach Stuttgart klimaverträglich, doch mäßig komfortabel im Flixbus antreten –inklusive spektakulärer Grenzkontrollen.

FAZIT ZUM KLIMAGIPFEL?

Politisch ist der Klimagipfel gescheitert – das Abschlussprotokoll ist ein Minimalkompromiss, aufgrund der Blockadehaltung von Ländern wie Brasilien, Australien und den USA war es trotz der ambitionierten Verhandlungsführung der EU und ihrer Mitgliedstaaten nicht möglich, einen dem Motto des Klimagipfels „Time for Action“ gerecht werdenden, großen Wurf zur Lösung der Klimakrise zu machen. Viele der Konflikte, zum Beispiel inwiefern Staaten Verschmutzungsrechte aus alten Emissionshandelsmechanismen in einen neues, globales Emissionszertifikatehandelssystem überführen können, werden lediglich auf die kommende UN-Klimakonferenz in Glasgow vertagt und bleiben bis dahin ungelöst – und das, obwohl die Zeit drängt, probate Lösungen zu finden. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten haben trotz unterschiedlicher politischer Nuancierungen einen geschlossenen Eindruck hinsichtlich ihrer Ambitionen zur weltweiten CO2-Einsparung abgegeben –positiv überrascht war ich davon, wie sehr die EU, ihre Delegationen und Mitgliedsstaaten dabei auf Technologie & Innovation setzen und sich nicht in Verbotsdebatten und symbolpolitischen Forderungen ergehen, wie wir dies bei innerdeutschen Klimadebatten derzeit oft erleben. Dennoch: Die Weltgemeinschaft hat sich als wenig handlungsfähig erwiesen – was einmal mehr die Notwendigkeit verdeutlicht, auf kommunaler und lokaler Ebene für gelingenden Klimaschutz einzutreten. Gestärkt durch viele in Madrid gewonnene fachliche Inputs und Ideen aus aller Welt werde ich mit meiner FDP-Fraktion so in Sindelfingen ein probates, auf Technologie, Innovation und Anreize setzendes Klimaschutzkonzept erarbeiten. Mein Fazit zum Klimagipfel ist daher: Welt- und klimapolitisch war es enttäuschend, persönlich aber eine großartige, sensationelle Erfahrung, die ich jederzeit gerne wieder machen würde.

Maximilian Reinhardt ist Beisitzer im Landesvorstand sowie Stadtrat in Sindelfingen.

Was gegen die Flat-Tax spricht

Seit geraumer Zeit kursiert das Konzept der Flat-Tax in liberalen Kreisen. Aber warum eigentlich? Wir fordern in jedem Konzept, jeder Idee und jedem Antrag, dass der Wille des Individuums, seine Gegebenheiten und seine Entscheidungsfreiheit bei jeder staatlichen Entscheidung oberste Priorität haben. Noch öfter höre ich die Forderung, man solle doch endlich den Prozess des Ausfüllens der Einkommensteuererklärung erleichtern und bitte nicht weiter das ewige FDP-Klischee der „Partei der Reichen“ pushen.

Und welche der oben genannten Punkte löst die Flat-Tax noch mal? Richtig, keinen! Fakt ist: Eine Flat-Tax belastet ceteris paribus arme Menschen stärker als Reiche. Ein einheitlicher Steuertarif ändert genau zwei Dinge: Zum einen die Höhe der abgeführten Einkommensteuer auf eurer Lohnsteuerbescheinigung und zum anderen die Volatilität der Abgaben. Ohne progressive Steuertarife schwankt das Netto-Einkommen deutlich stärker. Wir brauchen ein Steuersystem, das sich auf unsere Lebensbedingungen anpasst, das uns nicht bluten lässt, aber das uns dann etwas genauer beäugt, wenn wir mit höheren Abgaben unser Zusammenleben und unsere Zukunft fördern können, ohne finanziell darunter zu leiden.

Übrigens lohnt sich ein Blick auf die Gehaltsabrechnung. Besonders bei den Menschen, die wir entlasten wollen, übersteigen die Sozialabgaben die Einkommensteuer. Lasst uns lieber daraufsetzen, alle Bürger mündig zu machen, indem sie die Steuern, die sie zahlen verstehen. Selbst die Forderungen nach einem Einheitssteuersatz von 20% ohne Absatzmöglichkeiten ist sehr paradox – laut IMK zahlen „Durchschnittsverdiener“ (49.915€ pro Jahr), gesetzt dem Fall, sie sind ledig, 19,2% Einkommensteuer; man bemerke: *Nach* Abzug von Werbungskosten, Aufwendungen für Reparaturen am Eigentum oder Spenden (oder den vielen anderen Möglichkeiten). Der Prozentsatz sinkt, wenn gemeinsame Veranlagung vorliegt.

Wieso also gleich alles abschaffen? Warum nicht transparenter machen und modifizieren? Dass in der Vergangenheit viele Fehler im Umgang mit der Darlegung steuerlicher Vorschriften gemacht worden sind, bestreite ich nicht. Es wurde versäumt, allen Bürgern Zugang zu Weiterbildungsprogrammen mit Schwerpunkt Einkommensteuer zu ermöglichen – das ist fatal. Dennoch spricht die schlechte Umsetzung nicht per se für ein schlechtes System. Möglichkeiten die Bemessungsgrundlage zu mindern sind wichtig, wenn es um unsere Individualität und die Freiheit der Gestaltung unseres Lebens geht. Sie sind definitiv kein böswilliger Eingriff des Staates in unser Verhalten.

Lilith Schieweg ist Beisitzerin für Organisation im Landesvorstand.

Termine

26.02.2020 | Politischer Aschermittwoch der FDP Baden-Württemberg

28.02.2020 | Mitgliederoffene Sitzung des erweiterten Landesvorstands vor dem Landeskongress

29.02. – 01.03.2020 | 77. Landeskongress der Jungen Liberalen Baden-Württemberg

13.03.2020 | 4. Female Future Forum in Berlin

01. – 03.05.2020 | 60. Bundeskongress der Jungen Liberalen in Berlin

20.06.2020 | Außerordentlicher Parteitag der FDP Baden-Württemberg

FREIHEITSFUNK

Maximilian Reinhardt, Beisitzer im Landesvorstand

Folge 3:
Schlittern wir in eine Rezension?

Julian Grünke, LAK-Leiter für Handwerk & Wirtschaft

In der mittlerweile dritten Folge unseres neuen Podcasts spricht Maximilian Reinhardt gemeinsam mit unserem LAK-Leiter für Handwerk & Wirtschaft, Julian Grünke, über die derzeitige Lage der deutschen Wirtschaft. Der Podcast erscheint auf Spotify und Podcast.de. Weitere Informationen findet ihr unter https://www.julis-bw.de/freiheitsfunk-der-juli-podcast/.